NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 20.04.2026 | Hussein el Mouallem

Unter Beschuss

Diplomatie als Deckmantel: Die Verhandlungen zwischen Libanon und Israel zementieren Ungleichheit, statt Frieden zu bringen.

Die derzeitigen direkten Verhandlungen zwischen dem Libanon und Israel stellen keineswegs einen Übergang zum Frieden dar, sondern spiegeln eine beunruhigende Dynamik wider: die Verfestigung von Machtungleichgewichten unter dem Deckmantel der Diplomatie. Verhandlungen setzen Gegenseitigkeit und Selbstbeschränkung voraus, aber diese Voraussetzungen fehlen weitgehend. Die Gespräche finden in einem Umfeld statt, das von Ungleichgewichten geprägt ist. Diplomatie fungiert hier weniger als Mechanismus zur Konfliktlösung, sondern vielmehr als eine Erweiterung der Anwendung von Zwang, der hier mit politischen Mitteln ausgeübt wird.

Diplomatie setzt ein gewisses Maß an Autonomie der Verhandlungsparteien voraus. Seit März 2026 haben sich die israelischen Militäroperationen im gesamten Libanon jedoch mit anhaltenden Angriffen und territorialen Übergriffen intensiviert. Unter solchen Bedingungen ist Diplomatie von Zwang geprägt. Die Frage ist nicht mehr, was der Libanon verhandeln kann, sondern ob er unter anhaltendem Druck handlungsfähig bleibt. Dieser Druck wird zwar durch anhaltende israelische Militäroperationen vor Ort ausgeübt, er beschränkt sich jedoch nicht auf den militärischen Bereich. Er erstreckt sich über diplomatische und wirtschaftliche Ebenen: den von den USA gesetzten Verhandlungsrahmen, der die Bedingungen und den Ablauf des Engagements bestimmt; und die anhaltende wirtschaftliche Abhängigkeit des Libanon, die seine Fähigkeit, autonom zu verhandeln, weiter einschränkt.

Der Zusammenbruch des Waffenstillstands von 2024 sollte vor diesem Hintergrund verstanden werden. Er legte Verpflichtungen fest, ohne dass es Durchsetzungsmaßnahmen, Garantien oder einen glaubwürdigen neutralen Garanten gegeben hätte. Die libanesischen Streitkräfte begannen im Einklang mit einem Regierungsbeschluss vom August 2025 mit dem Einsatz südlich des Litani-Flusses und leiteten Schritte zur Entwaffnung der Hisbollah ein. Dies wurde von der UNIFIL-

Friedensmission anerkannt. Dennoch gingen diese Maßnahmen nicht mit einem entsprechenden Rückzug oder mit einer Deeskalation seitens Israels einher. Die israelischen Streitkräfte behielten auch nach dem Waffenstillstand ihre operative Freiheit, während vom Libanon erwartet wurde, dass er Verpflichtungen unter Bedingungen umsetzt, die er nicht kontrollieren konnte. Das Ergebnis war vorhersehbar: ein Waffenstillstand, der Verstöße normalisierte, anstatt sie zu verhindern. Die aktuellen Verhandlungen haben diese Struktur geerbt.

Verhandlungen beziehen ihre Bedeutung aus der sie stützenden innenpolitischen Rückendeckung. Das im Mai 1983 unter israelischer Besatzung unterzeichnete Abkommen scheiterte nicht, weil die Diplomatie versagte, sondern weil es ihm im Libanon an Legitimität fehlte und es weithin als aufgezwungen wahrgenommen wurde. Was die aktuelle Phase auszeichnet, ist nicht die Rückkehr zu Verhandlungen, sondern die Bedingungen, unter denen sie stattfinden: unter Beschuss und zu einem Zeitpunkt, an dem der libanesische Staat am schwächsten ist.

Die aktuellen Verhandlungen werden im Libanon nicht als Diplomatie, sondern als Kapitulation interpretiert.

Im Libanon stehen die Verhandlungen vor einer weiteren strukturellen Einschränkung: dem Fehlen eines innenpolitischen Konsenses. Der Widerstand gegen den aktuellen Verhandlungsweg beschränkt sich nicht auf die Hisbollah oder deren Unterstützerbasis. Er erstreckt sich über politische und konfessionelle Grenzen hinweg. Für viele sind Verhandlungen unter Beschuss keine Ausübung von Souveränität, sondern deren Aussetzung. Diese Haltung spiegelt sich in den Positionen wichtiger politischer Akteure wie der Progressiven Sozialistischen Partei, der Freien Patriotischen Bewegung und der LNA-Partei wider. Sie alle haben betont, dass jedem Verhandlungsprozess ein dauerhafter Waffenstillstand; der Rückzug Israels aus libanesischem Gebiet; der Wiederaufbau der betroffenen Gebiete; und die sichere Rückkehr der Vertriebenen vorausgehen müssen. Die aktuellen Verhandlungen werden weithin nicht als Diplomatie, sondern als Kapitulation interpretiert. In einem zersplitterten Land wie dem Libanon kann kein Abkommen Bestand haben, wenn es nicht politisch und gesellschaftlich mitgetragen wird. Die

> Geschichte des Libanon ist in diesem Punkt eindeutig: Vereinbarungen, die keine interne Legitimität besitzen, stabilisieren das Land nicht; letztendlich scheitern sie.

Das tieferliegende Problem ist jedoch nicht der Druck von außen oder die interne Spaltung, sondern das Fehlen einer kohärenten libanesischen Diplomatie- und Verteidigungsstrategie für sinnvolle Verhandlungen. Verhandlungen sind Instrumente, durch die Souveränität ausgeübt und Einfluss geltend gemacht wird, doch ihre Wirksamkeit hängt von der Fähigkeit des Staates ab, Prioritäten zu setzen, Zugeständnisse zu staffeln und politische sowie militärische Entscheidungsprozesse zu koordinieren. Im Falle des Libanon fehlt diese Fähigkeit weitgehend. Die Exekutivgewalt ist zersplittert, und es gibt keinen einheitlich agierenden außenpolitischen Apparat. Infolgedessen laufen Verhandlungen Gefahr, eher reaktiv als strategisch zu sein. Diplomatie fungiert nicht mehr als Instrument der Staatskunst, sondern als Spiegelbild auferlegter Zwänge.

Die begrenzte Verhandlungsfähigkeit des Libanon spiegelt die Erosion seiner institutionellen Basis wider, von mangelhaften öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur geschwächten Rolle des Staates als primärer Organisator des politischen und sozialen Lebens.

Die aktuellen Verhandlungen wurden von der israelischen Führung offen als Instrument der Machtausübung dargestellt. Premierminister Benjamin Netanjahu erklärte im April 2026, dass Israel aus einer Position der Stärke in die Gespräche gehe. Er merkte an: „Diese Verhandlungen haben seit über 40 Jahren nicht mehr stattgefunden. Sie finden jetzt statt, weil wir sehr stark sind und Länder auf uns zukommen – nicht nur der Libanon." Dies spiegelt eine Auffassung von Diplomatie als Mittel zur Verfestigung militärischer Überlegenheit wider. Was dabei entsteht, ist kein Kompromiss, sondern eine Hierarchie, eine Form strukturierter Dominanz.

Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen dem Libanon und Israel wird durch die Art des Vermittlungsprozesses weiter verstärkt. Washington ist kein neutraler Vermittler und wird im Libanon auch nicht als solcher wahrgenommen. Seine Ausrichtung auf israelische strategische Prioritäten schränkt seine Fähigkeit ein, als Garant ausgewogener Lösungen zu fungieren. In der Praxis positioniert dies die Vereinigten Staaten als Agenda-Setter, der die Verhandlungsparameter im Einklang mit seiner eigenen umfassenden regionalen Strategie festlegt. Dies ist nicht nur eine Frage der Wahrnehmung; es hat konkrete Konsequenzen. Vermittlung ohne Glaubwürdigkeit führt zu Vereinbarungen ohne Legitimität, und Vereinbarungen ohne Legitimität halten selten stand.

Dies wirft wiederum die Frage nach alternativen Vermittlungsrahmen auf. Europäische Akteure sind besser positioniert als die USA, um zu einem ausgewogeneren Prozess innerhalb der UN-Rahmenbedingungen beizutragen. Angesichts seiner früheren Rolle bei der Erleichterung indirekter Verhandlungen zwischen dem Libanon und Israel gilt dies insbesondere für Deutschland.

Der Libanon ist zu einer Nebenfront geworden, die von der Dynamik der Konfrontation zwischen den USA, Israel und dem Iran geprägt ist.

Die derzeitigen Verhandlungen müssen zudem im Kontext des umfassenderen regionalen Konflikts betrachtet werden. Der Libanon ist zu einer Nebenfront geworden, die von der Dynamik der Konfrontation zwischen den USA, Israel und dem Iran geprägt ist. Der Einstieg der Hisbollah in die Eskalation nach den Angriffen auf den Iran hat den Libanon weiter in diesen größeren Konflikt verwickelt. Die Entwicklungen auf seinem Territorium sind mit regionalen Kalkülen verknüpft, die sich der Kontrolle des libanesischen Staates entziehen. Infolgedessen werden die Verhandlungsbedingungen nicht allein auf nationaler Ebene festgelegt, sondern sind von einer umfassenderen Abschreckungsstruktur bedingt, in der Eskalation und Deeskalation auf mehreren Ebenen ausgehandelt werden.

Deshalb riskieren die aktuellen Verhandlungen mehr als nur ein Scheitern. Sie riskieren, Schwäche zu institutionalisieren. Unter diesen Bedingungen erzielte Vereinbarungen werden die Asymmetrie wahrscheinlich nicht korrigieren; vielmehr werden sie sie zementieren. Verhandelt wird nicht über ein Ende der Feindseligkeiten, sondern über die Bedingungen, unter denen die Asymmetrie formalisiert und aufrechterhalten wird.

Ein anderes Ergebnis würde grundlegend andere Bedingungen erfordern. Ein dauerhafter und überprüfbarer Waffenstillstand ist kein technisches Detail; er ist eine politische Voraussetzung. Ebenso entscheidend ist die Frage der Vermittlung. Ohne einen ausgewogeneren oder multilateralen Rahmen wird es dem Prozess weiterhin an Glaubwürdigkeit mangeln.

Für europäische Akteure, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, wirft dies eine strategische Frage auf. Es ist keine neutrale Entscheidung, weiterhin auf eine von den USA geführte Vermittlung zu vertrauen; dies verstärkt bestehende Asymmetrien. Eine aktivere Rolle Europas, gestützt auf internationales Recht und institutionelle

Unterstützung, könnte zu faireren Verhandlungsrahmen beitragen.

Derzeit sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Was sich derzeit abspielt, ist kein Übergang vom Krieg zum Frieden, sondern eine Verschiebung der Machtverhältnisse. Wenn die Verhandlungen fortgesetzt werden, ohne dass die ihnen zugrunde liegenden Ungleichgewichte angegangen werden, wird das Ergebnis keine Lösung des Konflikts sein. Es wird die Normalisierung von Zwang sein: ein Abkommen, das nicht gegenseitigen Konsens widerspiegelt, sondern ungleiche Machtverhältnisse.



Hussein el Mouallem
Beirut

Hussein el Mouallem ist Programmleiter im Libanon-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete er als Forscher an der *American University of Beirut* im Bereich Wirtschaft und politische Bewegungen.